

Niederschrift
über die öffentlichen Sitzung der Arbeitsgruppe Schulentwicklungsplanung
am 30.01.2013

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ordentliche Mitglieder

Herr Willi Blumensaat

Frau Ursula Burkert

Herr Peter Edinger

Herr Gerd-Peter Grün

Frau Ulrike Homann

Herr Marcus Kleinkes

Herr Gerd Kranzmann

Frau Anne Röder

Herr Andreas Rüter

Herr Bernd Schatschneider

Frau Dr. Ingetraud Schulze

Herr Thomas Wandersleb

Verwaltung

Herr Harald Drescher

Frau Almut Fortmeier

Herr Stefan Günther

Georg Müller

Christian Poetting

Frau Regina Prizebilla-Voigt

Herr Frank Spengemann

Herr Dr. Udo Witthaus

Nicht anwesend:

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 1 Konzept zur Errichtung von Sekundarschulen in Bielefeld

Das Konzept wurde am Montag vor der Sitzung bereits an die Mitglieder der AG SEP verschickt. Herr Müller berichtet, dass die Leiterin der Kuhloschule, Frau Fleth, in der Zwischenzeit mitgeteilt hat, dass die Kuhloschule zum momentanen Zeitpunkt nicht an einer Projektgruppe zur Entwicklung von Sekundarschulen teilnehmen wird.

Von Seiten der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP wird der AG SEP ein über den Verwaltungsvorschlag hinausgehendes erweitertes Konzept vorgelegt, das sich nicht allein auf die Schulform Sekundarschule fokussiert sondern gemäß des Beschlusses des Schul- und Sportausschusses vom 25.09.2012 auch die mögliche Errichtung einer weiteren Gesamtschule mit einbezieht und das auf die Benennung konkreter Schulstandorte bzw. Schulnamen verzichtet. Die Sitzung wird für eine Lesepause von 16.10 Uhr bis 16.15 Uhr unterbrochen.

Nach dem erweiterten Konzept soll das Verfahren für alle Schulen geöffnet werden, die die Bereitschaft zeigen, den Prozess zur Entwicklung neuer integrierter Schulsysteme zu begleiten. Informationen sollen nicht nur für die Eltern, sondern auch für Lehrerinnen und Lehrer insbesondere der Grundschulen erfolgen, da sie eine wichtige beratende Funktion bei der Schulformwahl haben. Der Prozess soll ergebnisoffen geführt werden, um eine möglichst breite Zustimmung bei allen Beteiligten erreichen zu können.

In der anschließenden Diskussion wird herausgearbeitet, dass auch die Entwicklung einer einzelnen Schule zu einer Sekundarschule nicht ausgeschlossen ist, wenn die notwendige Leistungsheterogenität der Schülerschaft sichergestellt werden kann. Weiter soll in der Projektgruppe auch das Thema Inklusion aufgegriffen werden, da die neu zu errichtenden Schulen in jedem Fall inklusiv geführt werden sollen. Zu möglichen Änderungen des Fragebogens der Elternbefragung wird von der Verwaltung erläutert, dass bei dessen Erstellung sowohl im Ursprung in Köln als auch in Bielefeld eine fachliche Beratung stattgefunden hat. Im Rahmen der Projektgruppenarbeit können jedoch Veränderungsvorschläge, die die Verständlichkeit der Fragen verbessern, diskutiert werden. Zur Vermeidung von sprachlichen Barrieren sind türkische und russische Übersetzungen des Fragebogens und des Begleitschreibens vorgesehen.

Das geänderte Konzept (Anlage 1) wird einstimmig von der AG SEP beschlossen und die Verwaltung beauftragt, eine entsprechende Projektgruppe einzuberufen. Als nächster Termin für die AG SEP wird der 14.05.2013 vereinbart.

Zu Punkt 2

Errichtungsgenehmigungen in umliegenden Kommunen

Die AG SEP wird analog zur Information im Schul- und Sportausschuss über die Genehmigungen zur Errichtung der Sekundarschule Steinhagen sowie der Gesamtschule Verl unterrichtet. Herr Müller verweist auf Unterschiede zwischen den Genehmigungen, da für die Schulform Sekundarschule das Ministerium für Schule und Weiterbildung eingebunden war. Im Gegensatz zur Genehmigung der Gesamtschule wurden die Aspekte Leistungsheterogenität und Erreichbarkeit anderer Schulen bei der Sekundarschule nicht geprüft.

Auf Nachfrage macht die Verwaltung deutlich, dass Bielefeld im Genehmigungsverfahren angehört wurde und schriftlich Stellung bezogen hat. Auswirkungen der geplanten neuen Schulen auf Bielefelder Schulen sind zwar zu erwarten, jedoch nicht existenzieller Art. Ein Veto der Stadt Bielefeld gegen die Schulentwicklungsplanung in den Nachbarkommunen ist daher nicht möglich.

Christian Poetting